

Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: Friedrich Bahle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil: Karl Lantau, Magdeburg.
Verlag von W. Garbaum, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von A. Arnoldt, Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt 1.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis:
Bierestückl. inkl. Bringselohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. ertl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7242
Inserationsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No 16

Magdeburg, Sonntag, den 19. Januar 1896.

7. Jahrgang.

Das Jubelfest des deutschen Reiches.

Nun laßt der Trommeln lodenden Wirbel durch die Straßen ziehen und jubelnde Musik erklingen mit Paukenschall und rasselndem Beckenschlag! Und schmetternde Fanfaren sollen, so weit das deutsche Land sich streckt, alle Bürger aufrufen zur Feier des Tages, an dem vor 25 Jahren die vielhundertjährige Sehnsucht der deutschen Nation erfüllt und das deutsche Kaiserreich nach so langen Zeiten des Zwiespalts, der Zerrüttung und der traumhaften Ohnmacht wieder einheitlich kraftvoll und siegesbewußt aufgeträtet wurde! ... Laßt eure besten Weisen erklingen, ihr Spielleute, zur Feier des heutigen Jubeltages. Ihr Sänger aber fallt kräftig ein und singt uns die brausenden Weiselieder noch einmal, mit denen wir in jenem großen Jahre ins Feld gerückt sind. Und ihr Bürger laßt die Fahnen wehen, die das Symbol der Zusammengehörigkeit von Nord- und Süddeutschland sind und schauet dem gemeinsamen Kaiser mit Herz und Hand den Schwur der Treue:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, zu keiner Noi uns trennen und Gefahr!“
So die Magdeburgische Zeitung zu Anfang und am Ende ihres nahezu 400 Zeilen langen Artikels zum Jubelfest des Deutschen Reiches. Ja, laßt die Fahnen wehen, das Symbol der Zusammengehörigkeit; nicht soll man der Magdeburger Bürgerschaft nachsagen, daß die „Heyer“ den Ton angeben. Fahnen heraus und abends die Fenster mit Kerzen erleuchtet, damit ihr Glanz verkünde, daß Magdeburg noch immer in alter Treue zu Kaiser und Reich stehe und nicht „terrorisiert“ werden will von den „Revolutionären“. Obwohl Magdeburg im Reichstag sozialdemokratisch vertreten ist, haben wir (die Bürger natürlich) zu beweisen, daß der „überwiegende“ Teil der Bürgerschaft „monarchisch bis in die Knochen“ ist. Also Fahnen heraus und die Fenster erleuchtet. Ha, ha, hal zum tockstehen. Ohne die Sozialdemokratie gehts nun einmal nicht; sie muß selbst das Bürgerturn ansprechen zur Feuerwerksbegeisterung. Aber wie siehts mit der „Zusammengehörigkeit“ des Bürgertums aus? Wo ist das „einzig Volk von Brüdern“. Im Reichstage am Freitag haben wir es gesehen. Der „Papst“ der Nationalliberalen, das Schöckind der Tante an der Bahnhofstraße, hat mehrmals auf das „einzig Volk von Brüdern“ verwiesen. Obwohl der Parlamentsbericht der Magdeburgischen Zeitung nicht nachgedruckt werden darf, so erlauben wir uns dennoch ein paar Zeilen diesem Berichte zu entnehmen, selbst unter der Gefahr, am Jubeltage angeklagt zu werden. Wir benutzen den Bericht der Magdeburgischen Zeitung, weil er den schwungvollen Leitartikel, wovon vorstehend ein Bröckchen gegeben, trefflich illustriert. Herr v. Bennigsen sagte:

„Wo wird die allgemeine Unzufriedenheit im Lande hervorgerufen, warum ruft man die ganze landwirtschaftliche Produktionsbevölkerung auf gegen die anderen Bevölkerungsklassen? Den Vorwurf der Verhöhnung haben nur die Sozialdemokraten. Sehen Sie sich einmal die Herren hier an (Heiterkeit). Die Sozialdemokraten werden die lachenden Erben sein, wenn die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien fortdauert. Die bürgerlichen Klassen sollten sich vereinigen, um der revolutionären sozialdemokratischen Bewegung entgegenzutreten. Das ist unsere patriotische Pflicht. Wenn nun heute die Schlussabstimmung eine große Mehrheit gegen den Antrag Kanitz ergibt, weil er undurchführbar ist und den Verträgen widerspricht, so hoffe ich von dem Patriotismus des Abg. Kanitz, daß er erklären wird, ich sehe jetzt ein, mit diesem Antrage dringe ich nicht durch, ich will ihn zurückstellen, um nicht die Uneinigkeit und Unzufriedenheit weiter zu fördern.“

Und der Landwirtschaftsminister sagte:
„Der Wind weht, wird Sturm ernten. Die Geister, die man rief, haunt man nicht so leicht wieder. Lernen Sie (Konservative und Antisemiten) aus der Geschichte der Bauernkriege. (Lärm rechts). Wenn sich jetzt der Reichstag nach dreijähriger Beratung entschließt, der Sache ein Ende zu machen, so hoffe ich, daß die Herren so viel Patriotismus haben werden, dieses geradezu gemeingefährlich gewordene Problem (Stürmische Unruhe rechts, Beifall links) in die Bahnen ruhiger objektiver Prüfung zu fähren. Das ist um so notwendiger in der jetzigen Zeit, wo wir wachlich Handföck genug haben, wo er nicht noch von sogenannter Konservativer Seite in die Massen geworfen zu werden braucht. (Erneute stürmische Unruhe rechts, lebhafter Beifall links). Zudem ist diese Meinung ausgesprochen, erfüllt ich meine Pflicht als guter Patriot. Sollte ich durch dieses oder jenes Wort verletzt haben (Rufe rechts: Ja, das haben Sie!), so war es nicht meine Absicht, aber es liegt in der Natur der Sache, und ich als preussischer Minister habe mich für verpflichtet, unter solchen Umständen hier klar zu werden. (Großer Beifall links, Lärm rechts. Unter großer Erregung verlassen viele konservative Abgeordnete den Saal.)“

Ja, Fahnen heraus, sie sind das Symbol der Zusammengehörigkeit, die Fenster erleuchtet, damit wir sehen das „einzig Volk von Brüdern“. Ja, diese Brüder! Und angesichts dieser Zerfahrenheit, dieser „gemeingefährlichen“ Agitation von antisemitischer und konservativer Seite wagt das Organ des „einzig Volk von Brüdern“, das in der schwarz-weiß-roten Fahne das „Symbol der Zusammengehörigkeit“ erblickt, zu schreiben: Wenn die Sozialdemokratie von einer förmlichen Kund-

gebung gegen die Feier zur Erinnerung an die Wiederaufrichtung des Reiches absteht, so wird sie ja wissen, warum sie das thut. Aus Liebe zum Reiche gewiß nicht, sondern aus Besorgnis, auf Widerspruch beim Gros der Mitläufer zu stoßen, die sich zu der Vorurteilslosigkeit der Führerschaft noch nicht emporgearbeitet haben.“
Heraus! Die Fahnen heraus die Fenster erleuchtet; es lebe das geeinte deutsche Volk. —

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 17. Januar 1896.

In der Reichstags-Sitzung am Freitag wurde die Verhandlung über den Antrag Kanitz beendet und der Antrag mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Zunächst kamen nur Gegner des Antrages zum Wort, namens der Polen Fürst Radziwill, namens der Nationalliberalen von Bennigsen. Lebhaft wandte sich der Landwirtschaftsminister gegen die Agrarier und erregte deren besonderen Zorn durch die Charakterisierung des Antrages als eines gemeingefährlichen Problems und der Forderung der sogenannten konservativen Seite. Nach einer Rede des Genossen Herberth entwickelte sich eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Landwirtschaftsminister und dem konservativen Führer von Mantuffel. Auf eine Rede des Abgeordneten v. Kardorff für den Antrag antwortete kurz Abgeordneter Richter. Wie weit es mit den Konservativen gekommen ist, bewies der Umstand, daß sie dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg das Schlusswort überließen. Für seine Rede wurde dem Antisemiten gedankt; der ganze konservative Adel grupperte sich um den Redner und Graf Bismarck reichte ihm gerührt die Hände, weil der Antisemit (der einzige Redner im Hause) seines Vaters gedacht hatte. Die antisemitische Schutztruppe des preussischen Adels hat die Feuerprobe bestanden. Wir kommen hierauf noch einmal zurück. —

Das bürgerliche Gesetzbuch

ist in der letzten Sitzung des Reichstages vom Reichskanzler vorgelegt worden. Nach dem Wunsche der Regierung soll das bürgerliche Gesetzbuch gleichzeitig mit einem Einführungsgesetze zur Verhandlung kommen. Der Reichskanzler drückte den Wunsch aus, daß die Vorlage recht bald Gesetzeskraft erlangen möge. Präsident v. Duol erwiderte hierauf, daß der Reichstag unverzüglich, jedoch ohne Uebereilung, an das Werk herantreten würde, dessen juristische Schwierigkeiten er ebensowenig verkenne, wie seine hohe politische und soziale Bedeutung. —

18. Sitzung vom 17. Januar 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: Fürst von Marischall und Fürst von Cammerstein-Vogeln. Haus und Tribünen sind fast besetzt.
Der Bericht des Antrages Kanitz wird fortgesetzt.
Abg. Fürst Radziwill (Polen) hält den Weg, den der Antrag vorschlägt, für einen höchst bedenklichen und verhängnisvollen.
Abg. Dr. v. Bennigsen (natl.) will sich bemühen, die Ansichten seiner politischen Freunde, welche mit ganz vereinzelten Ausnahmen gegen den Antrag stimmen werden, darzulegen. Unter dem Vorsitz des Antrages Kanitz befindet sich kein Mitglied aus dem Rheinland (Zuruf rechts: Fürst v. Pohl) und Befallen ist nur durch eine Unterredung vertreten, ein Beweis dafür, daß die Landestheile südlich und westlich von der Elbe mit dem Antrag nicht einverstanden sind. (Sehr gut!) Redner glaubt, daß ein größerer Widerspruch mit der Handelsvertragspolitik, als der Antrag Kanitz, gar nicht gedacht werden kann. (Sehr richtig! links.)

Wenn der Landwirtschaft ein bestimmter Preis garantiert wird, bei dem sie existieren kann, dann müssen wir doch auch den andern produktiven Ständen die gleiche Vergünstigung gewähren. Die Landwirte reden immer von ihrem Wohlstand und verlangen ausgiebige Getreidepreise, aber in den beiden letzten Jahren war auch die Lage des Handels, der Schiffahrt und der Industrie keine glänzende. Die deutschen Industriearbeiter bilden eine Gruppe, welche der landwirtschaftlichen Arbeiter vollkommen gleichberechtigt ist, und auch diese könnten, um mit ihren Familien existieren zu können, nicht nur das Recht auf Arbeit proklamieren, sondern auch einen Normalarbeitslohn fordern. Wenn wir also die vollen Konsequenzen des Antrages ziehen wollten, dann würden wir mitten im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmen. Ich weise den Antrag Kanitz aufs Entschiedenste zurück, weil er eine wirtschaftliche Ungeheuerlichkeit ist. (Beifall links.)

Die Agitation im Lande für den Antrag Kanitz steht in trübem Gegensatz zu den ruhigen Verhandlungen hier im Hause, sie trägt einen sehr bedrohlichen Charakter. (Sehr wahr! links.) Es ist ja begründlich und vollkommen berechtigt, wenn die Landwirtschaft mit großer Energie dafür eintritt, daß ihre Lage verbessert wird. Aber die Sache so zu treiben, wie es hier geschieht, ist einfach unverantwortlich. (Unruhe rechts.) Es wird die landwirtschaftliche Bevölkerung aufgewiegelt gegen die übrigen Stände, Handel und Gewerbe werden gedächet, wenn sie nicht für den Antrag Kanitz stimmen wollen. Wohin soll das führen? (Die Antwort siehe Artikel „Das Jubelfest des Deutschen Reiches“. D. R.)

In einer geschäftlichen Mitteilung erhält das Wort Reichskanzler Fürst v. Holnlohe: Er legt im Namen des Kaisers und Königs den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches zur Verlesungsmäßigen Beschauung vor und sagte u. a.: Wenn jetzt der Reichstag an die ihm zuffehende verfassungsmäßige Prüfung herantritt so wird er hoffentlich von demselben Geiste befeelt sein, dann wird die Zeit der Erinnerung an die großen Tage, wo das Reich entstanden ist die Gedankensätze des gemeinsamen bürgerlichen Rechts des Reiches werden. Zudem ist die Gesetzesvorlage dem Herrn Präsidenten überreicht, ist es mein herzlichster Wunsch, daß die Verhandlungen im Reichstage den Hoffnungen der verbündeten Regierungen entsprechen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Fürst v. Duol: Der Reichstag verkennt in seiner Weise

weder die politische noch die soziale Bedeutung, noch die juristischen Schwierigkeiten der uns soeben zugegangenen Vorlage, welche ihrem Inhalte und ihrem Umfange nach von keiner der uns im beschlossenen Vierteljahrhundert übertragene Aufgaben übertrieben wird. Der Reichstag wird unabhängig bemüht sein, die ihm anvertraute Aufgabe ihrer Lösung entgegen zu fähren. (Beifall.)

Hierauf wird in der Beratung des Antrages Kanitz fortgefahren. Landwirtschaftsminister Fürst v. Cammerstein: Bei der Agitation für den Antrag Kanitz hat leider nirgends eine ruhige objektive Prüfung stattgefunden. Es ist fast in allen Kreisen des Volkes verbreitet worden. Sie werden es deshalb verstehen, wenn ich als preussischer Landwirtschaftsminister in einer die Landwirtschaft so eng berührenden Frage noch einmal das Wort ergreife, trotzdem bereits von dem Staatssekretär Fürst v. Marischall so eingehend über die handelspolitische Bedeutung des Antrages geredet ist. Redner ging dann des Näheren auf den Antrag ein, die Ausführungen seines Kollegen ergänzend. Am Schluß seiner Rede machte der Landwirtschaftsminister allgemeine Bemerkungen, die den Anweisen der Antisemiten und Konservativen entgegen. Näheres finden die Leser in dem Artikel „Das Jubelfest des Deutschen Reiches“.

Abg. Herberth (Soz.) tadelt die agrarische Agitation. Die Herren denken nur an sich, aber niemals an den armen Mann, dem durch den Antrag Kanitz das Brot verneuert würde. Die Agrarier wollen mit Hilfe derselben Staats- und Polizeimacht, die sie gegen die Arbeiter aufwiegeln, sich bereichern, die den berechtigten Wunsch haben, ihre Lage zu verbessern. Und dabei nennen die Antragsteller den Antrag Kanitz einen sozialistischen. Ein größerer Mißbrauch ist mit dem Wort „sozialistisch“ niemals getrieben worden und deshalb haben wir keinen Grund, dafür einzutreten. Wer sind denn eigentlich die Herren, die im Grunde der Landwirte agitieren? Ich kenne eine Sektion des Bundes der Landwirte, wo ein Schutzmachereinsturz den Börsen führt. (Große Heiterkeit.) Wie die Bauern zum Antrage Kanitz stehen, das hat ja erst kürzlich die Wahl in Posen gezeigt. Die kleinen Landknechte wissen schon ganz gut, wer ihnen helfen kann, in Pommern haben schon viele Bauern sich der Sozialdemokratie angeschlossen.

Der Gedanke, daß der Staat dafür sorgen soll, daß alle Leute Brot haben, ist ja ein sehr schöner, aber er ist in der heutigen Gesellschaft nicht durchführbar. Das wissen die Antragsteller sehr wohl, aber sie treiben ihre Agitation im Lande doch in einer Weise, wie sie vorher der Landwirtschaftsminister charakterisiert hat. Es wäre doch eine wunderbare Ironie des Schicksals, wenn sich einmal die Notwendigkeit eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Konservativen herausstellen würde. Dar von Bennigsen möge immer an die patriotischen Gesinnung der Mehrheit des Hauses appellieren. So wie sich das neue Deutsche Reich heute entwickelt hat, entspricht es nicht der Vorstellung, die wir von einem einheitlichen Reiche haben. Wir wollen nicht nur ein einheitliches, sondern auch ein freies Land. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Fürst v. Duol: Während der Rede des Landwirtschaftsministers ist wiederholt in ungebührlicher Weise die Ordnung des Hauses durch höfliche Zwischenrufe gestört worden. Ich habe erst jetzt erfahren, daß die Zwischenrufe von dem Abg. Köhler (Antisemit) ausgehen, den ich deshalb nachträglich zur Ordnung rufe.

Landwirtschaftsminister Fürst v. Cammerstein: Ich schneide in einem Punkte meiner Rede mißverstanden worden zu sein. Ich habe nicht gesagt, daß die konservative Partei als solche staatsgefährlich und gemeingefährlich Bestrebungen verfolgt. Ich habe den Vorwurf nicht gegen die konservative, sondern gegen die agitatorische Partei gerichtet. (Lärm rechts.)

Abg. Fürst v. Mantuffel (Natl.): Dögleich der Landwirtschaftsminister durch seine letzten Worte die zuerst über uns geäußerte Äußerung, die uns natürlich auf das Schmerzlichste berühren mußte, einigermaßen eingeschränkt hat, so bin ich doch nicht der Verpflichtung überhoben, folgende Erklärung abzugeben: Der preussische Landwirtschaftsminister hat den Antrag Kanitz „gemeingefährlich“ und die gesamten Untergesellen desselben als „sogenannte“ Konservative bezeichnet. (Unruhe rechts, Heiterkeit links.) Der Minister weiß, daß bis auf verschwindende Ausnahmen die ganze konservative Partei im Landtag und im Reichstage hinter diesem Antrage steht, und daß alle die Männer, die einzigen Entschluß in der Partei besitzen, den Antrag unterstützen. Der Minister kann es sich selbst sagen, welchen Eindruck es in den Kreisen der konservativen Partei im Lande machen muß, wenn er mit der Bezeichnung „sogenannte“ Konservative allen denen, die sich zum Antrag Kanitz bekennen, die wahre konservative Gesinnung abspriicht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister Fürst v. Cammerstein: Ich bestreite ganz entschieden, eine solche Äußerung getan zu haben; ich habe nur die Agitation als gemeingefährlich bezeichnet. (Lärm rechts.) Im übrigen wird ja das Stenogramm meiner Rede die Sache aufklären.

Abg. v. Kardorff (Natl.): Würde die Regierung den Willen, den Antrag durchzuführen, so würde sie es können. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ja sehr natürlich, daß die Sozialisten sich gegen den Antrag erklären, denn diese Partei will den deutschen Bauernstand vernichten, um ihn dann für sich zu gewinnen.

Abg. Richter (Soz. Vp.): Der Antrag ist von dem Landwirtschaftsminister als gemeingefährliches Problem bezeichnet worden und darüber haben Sie (nach rechts) sich so sehr geäuert. Für uns würde der Antrag auch ohne die Handelsverträge gemeingefährlich und unannehmbar sein. Denn nicht allein in dem Widerspruch mit den Handelsverträgen liegt die Gemeingefährlichkeit des Antrages, sondern in seiner ganzen wirtschaftlich verheerenden Wirkung überhaupt.

Aus dem preussischen Staatshaushaltsrat geht hervor, daß die Klagen über die zunehmende Armut ungerechtfertigt sind, daß wir uns vielmehr in einer zunehmenden wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung befinden. Auch in unserem Etat haben in diesem Jahre die Postenanlagen eine Höhe erreicht, wie seit vielen Jahren nicht. Ueberall ist eine Verbesserung der gewerblichen Verhältnisse eingetreten. Wie wäre es sonst möglich, daß das Defizit des preussischen Haushaltes für 1893/95 das erst 50 Millionen Mark veranschlagt war, nur 8 Millionen Mark betrug, und daß für 1895/96 das Defizit, das 33 Millionen Mark betragen sollte, ganz verschwinden wird. Der Antrag vertritt nur die Sonderinteressen einer einzelnen Klasse und aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag Kanitz ab. (Lebhafter Beifall links.)

Die Debatte wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Das Schlusswort als Antragsteller erhält Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Mit kleinen Mitteln ist nichts mehr zu helfen. Der Antrag Kanitz ist recht eigentlich die Fortsetzung der friedelichianischen Getreidepolitik. Wenn der Bundesrat nach Annahme der Vörsennotlage von seinen Befugnissen ausgiebigen Gebrauch macht, so kann der Antrag Kanitz überflüssig werden. Aber die Rede des Fürst v. Marischall erfüllt uns mit großer Besorgnis. Redner polemisiert heftig gegen Fürst v. Marischall. Der Antrag wird

wieder kommen, viel sicherer wie jene Herren bei der nächsten Wahl, die heute dagegen stimmen.

Wir stehen am Vorabend der 25 jährigen Jubelfeier des Deutschen Reiches. Und da ist es uns eine lebhaft Genugthuung, daß gegenüber solchen Staatsmännern, wie es der Abg. Richter und der Staatssekretär v. Marfshall ist, der Einsiedler im Sachsenwald, dem wir mit jauchzender Dankbarkeit zujubeln, auf unserer Seite ist. (Lärmender Beifall und Handklatschen rechts.) Die patriotischen Schlüsselworte des Redners gehen in dem Jubeln und Klatschen der rechten Seite, das sich bis auf die Zuschauertribünen erstreckt, vollständig verloren. Persönlich bemerkt Abg. Dr. Fahn (S. L. S.): Ich konstatiere, daß seiner Zeit der Landwirtschaftsminister selbst an der konstituierenden Versammlung des Bundes der Landwirte teilgenommen hat. Seitdem ist der Ton der heutigen Versammlung kein schlechterer geworden.

Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein: Ich habe allerdings an der konstituierenden Versammlung des Bundes der Landwirte auf Einladung teilgenommen, habe aber ausdrücklich erklärt, daß ich es ablehnen muß, dem Band der Landwirte beizutreten, wegen meiner Stellung als Landesdirektor und als damaliger Vorsitzender des Landwirtschaftsrats. Auch heute noch ist es meine Meinung, wie ich sie damals in der Versammlung gesagt habe, ich halte die spontane Vereinerung der Landwirte zur Beherrschung ihrer Interessen für durchaus berechtigt, so lange ihnen eine legale Vertretung gewährt ist, warne aber davor, diese Interessenvertretung über das Ziel hinauszuschießen zu lassen.

Die durch das Eingreifen des Landwirtschaftsministers wieder eröffnete Debatte wird sofort wieder geschlossen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Kany. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages mit 219 gegen 97 Stimmen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Ei). Schluß 7 Uhr.

(Auf diese Verhandlungen kommen wir in einem besonderen Artikel noch einmal zurück.)

Die Wahlprüfungs-Kommission erklärte die Wahlen der Reichstagsabgeordneten Dr. Böckl (S. Kessel) mit 7 gegen 4 und Golbus (L. Elsh-Vorbringen) mit 7 gegen 5 Stimmen für gültig, desgleichen die Mandate der Abgeordneten v. Kleist-Regow (A. Köstlin, Belgard-Dramburg) und Pauli (S. Potsdam, Oberbarnim). — Die Budget-Kommission des Reichstages bewilligte folgende erste Rauraten zu Postgebühren nach den Vorschlägen der Regierung: für Apolda 87000 Mark, für Dresden 200000 Mark, für Elbing 70000 Mark, für Helmstedt 106000 Mark, für Leipzig 125000 Mark, für Leobischütz 90000 Mark, für Schwiebus 60000 Mark, für Straßburg (Eli.) 250000 Mark, für Zerbst 86000 Mark, zur Vergrößerung des Postgrundstücks in Bromberg 168460 Mark, zur Erwerbung eines Grundstücks in Großenhain 180000 Mark, zur Vergrößerung des Postgrundstücks in Halberstadt 179614 Mark, zur Erwerbung eines Bauplatzes für ein neues Dienstgebäude in Karlsruhe (Baden) 840000 Mark, für einen Bauplatz in Rheyt (Bezirk Düsseldorf) 175800 Mark. Die Beratung des Postetats wurde zu Ende geführt. Auch der Etat der Reichsdruckerei wurde alsdann nach den Anträgen der Vorlage genehmigt.

Politische und sozialwirtschaftl. Leberkei.

Snadenverlaß. Der Großherzog von Mecklenburg hat durch Snadenverlaß allen den Personen, die bis zum 18. Januar d. J. einschließlich zu Freiheitsstrafen von nicht mehr als 6 Wochen oder zu Geldstrafen bis zu 150 Mark verurteilt worden sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und die rückständigen Kosten erlassen. — Der Fürst von Ansb. j. L. hat alle Personen amnestiert, die zu Freiheitsstrafen bis zu 6 Wochen oder 150 Mark verurteilt worden sind. — Alle im Großherzogthum Heßeln wegen Uebertretung und wegen Vergehen zu Geld- und Gefängnisstrafen bis zu einer gewissen Höhe verurteilten Personen werden wegen aus Anlaß des 25 jährigen Bestehens des Deutschen Reiches amnestiert werden. — Eine Amnestie hat auch der König von Sachsen erlassen. Die Amnestie umfaßt die Strafen bis zu 6 Wochen Gefängnis und die Geldstrafen bis zu 150 Mark. — Für die Marine wird ein mit dem nachstehend publizierten im wesentlichen gleichlautender kaiserlicher Erlaß publiziert werden. Derselbe ist von Herrn v. Hollmann kontrahiert.

Snadenverlaß an Militärpersonen.

Am 18. Januar sollte im Armeeverordnungsblatt ein Snadenverlaß an Militärpersonen veröffentlicht werden. Der Vormarsch war jedoch bereits in seiner Nummer am 17. Januar in der Lage, den Snadenverlaß zu veröffentlichen, welcher lautet:

Es will, um den Tag, an dem vor fünfundsiebenzig Jahren die Verkörperung des Deutschen Reichs erfolgt ist, auch hinsichtlich der Arme durch einen Akt der Gnade zu beschließen, denjenigen Militärpersonen, gegen welche bis zum heutigen Tage im Bereiche der preussischen Militärverwaltung

- 1. Strafen im Disziplinarwege verhängt sind oder
2. durch ein Militärgericht mit Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Wochen oder Geldstrafen von nicht mehr als Einhundert Mark oder beide Strafen verurteilt rechtlich nicht erkannt worden ist, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und die noch rückständigen Kosten in Gnade erlassen.

- Freigegeben von dieser Snadenverweisung bleiben:
1. die wegen Verurteilung, nachträglicher Verurteilung oder Verurteilung im Armebereich §§ 121, 122 des Militärstrafgesetzbuchs verhängten Strafen;
2. Freiheitsstrafen, neben denen zugleich auf eine militärische Ehrenstrafe erkannt ist;
3. die gegen Fahnenflüchtige im Lagerortverwehren verhängten Gefängnisse.

Es in einer Entscheidung die Verurteilung wegen mehrerer strafbarer Handlungen ausgesprochen, so greift diese Snadenverweisung nur dann, wenn die Strafe insgesamt das oben bezeichnete Maß nicht übersteigt.

Es fernerhin die für die künftige Belohnung und Beförderung dieses Erlaßes Sorge zu tragen.

Berlin, den 18. Januar 1896.

Willeh. Brönner & Gellenborff. Die die Post hört, soll wegen dieser „unverantwortlichen Jubilation“ die „allerwengigste“ Unterjagung eingeleitet werden.

Der Arbeiter Franz Paplawski aus Biederitz erhielt am Freitag von der Strafkammer in Magdeburg wegen Kaiserbeleidigung 9 Monate Gefängnis. Paplawski wurde am 26. September 1895 vor der Kaiserin Kaiserinberg in Magdeburg, in dessen Hof die Betretener des

66. Infanterie-Regiments die Beaumontfeier begingen. Dabei wurde ein dreifaches Hoch auf den Kaiser ausgebracht. Der Angeklagte soll die ersten Hochs in höhnischem Tone mitgerufen und zwischen dem zweiten und dritten Hoch die Schnapsflasche herangezogen und bei dem dritten Hoch gerufen haben Hoch Vassalle, Hoch die Sozialdemokratie und dabei die Schnapsflasche geschwenkt haben. Der Kaufmann Levy hörte den Ruf und ließ den Angeklagten verhaften. — In Braunschweig wurde vor der ersten Strafkammer des Landgerichts unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Arbeiter Johann Gurlatt aus Helmstedt zu vier Monaten Gefängnis wegen Kaiserbeleidigung verurteilt. Dieses Vergehen beging er in der Baarschen Wirtschaft zu Helmstedt bei einem Streit mit einem Stellmacher, der mit seinem Soldatenleben renommierte. Infolge des Streites verwies der Wirt den Angeklagten aus seinem Lokal. Außerdem hatte er bei seiner Abführung nach dem Gastlokal ruhestörenden Lärm verursacht, sodaß er sich zugleich wegen Hausfriedensbruch und Ruhestörung zu verantworten hatte. Der Gerichtshof verhängte wegen dieser drei Straftaten eine Gesamtstrafe von 4 Monaten 1 Woche Gefängnis und 8 Tagen Haft, wovon 1 Monat Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wurde.

Ausweisung. Angeblich wegen politischer Antriebe ist der Bureaugehilfe F. Ehrenstein, der aus Ungarn gebürtig ist, vom Berliner Polizeipräsidium ausgewiesen worden. Die Maßnahme soll (dem Vormarsch zufolge) auf die Denunziation eines Antisemiten zurückzuführen sein.

Dem christlich-sozialen Pastor Wittenberg in Biegnitz hat der Vorstand des schlesischen Provinzialvereins für innere Mission jetzt in der That die Stellung als Vereinsgeistlicher getündigt. Der Anlaß dazu war, daß Pastor Wittenberg sich an der Gründung einer christlich-sozialen Vereinigung für Schlesien beteiligt hat.

Zur Eiserauslösung der konservativen Partei soll nach der schlesischen Zeitung die Stellung Stöckers zur Partei Gegenstand der Verhandlungen gewesen sein. Es verlautet, der Ausschluß hätte beschlossen, daß Herr Stöcker unter der Bedingung weiter Mitglied der Partei sein kann, daß er alle Beziehungen zum Volk und zu den durch dieses Blatt vertretenen Kreisen der Christlich-Sozialen, d. h. den sogenannten „Jungen“, abbricht. — Herr Stöcker hat schon einmal als zweiter Luther gesagt: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Er wird es auch jetzt wieder sagen.

Der Stadtbrief gegen den Hochstapler Dr. Fritz Friedmann ist von der Berliner Staatsanwaltschaft erlassen worden. Da Dr. Fritz Friedmann allem Anscheine nach sich in Paris aufhält, so kommen, wie das Berliner Tageblatt bemerkt, für die Frage seiner eventuellen Auslieferung die Bestimmungen des mit Frankreich abgeschlossenen Auslieferungsvertrages in Betracht.

Daß das preussische Dreiklassenwahlrecht, das elendeste der Wahlrechte, wie es Fürst Bismarck bezeichnete, noch einmal in einem andern Staat zu Ehren kommen werde, hat bisher niemand angetrommen. Jetzt aber hat sich aus der sächsischen Regierung der Geheimrat Metz an das preussische Ministerium des Innern gewandt, um eine gutachtliche Aeußerung über die einzelnen Teile des preussischen Landtagswahlrechts zu erlangen.

Italien.

Gräpi läßt sich durch die Agenzia Stefani aus Massanah telegraphieren: General Baratteri berichtet im Drahtwege: Die Nachrichten aus dem sündlichen Lager bestätigen, daß am Montag die Schaner bis mittag Massala angegriffen hätten, aber um schweren Verlusten zurückgeschlagen worden seien. Menelik habe befohlen, die Beutezüge einzustellen, allein ohne dieselben müßten die Schaner Hunger leiden. Der Feind habe Adua aufgegeben. Menelik habe 12 Gefangenen die Rückkehr gestattet. — Wer's glaubt!

Afrika.

Sir G. Robinson telegraphierte an den Premierminister der Kapkolonie Sprigg, daß Jameon und die Offiziere als Gefangene nach England zurückgeführt werden würden, daß aber die Mannschaften von Jameons Streitkraft, welche nicht in Südafrika anwesig sind, entlassen und per Säuß in ihre Heimatorte abgeführt werden würden. Das vorläufige Verhör der politischen Gefangenen beginnt in 14 Tagen.

Sagen - Chronik.

Magdeburg, 18. Januar 1896.

Preussens Volksschullehrer.

Die billigen Ansprüche der preussischen Lehrerschaft mit den Subalternbeamten in gewissem Grade gleichgestellt zu werden, haben durch das dem preussischen Landtage vorgelegte Lehrerbeförderungsgesetz keine zureichende Berücksichtigung erfahren. Um die materielle Nothlage der Lehrer zu mildern, sind die in der Vorlage auftretenden Gehaltsätze zu mindern, obgleich eine Erhöhung gegen früher geplant ist. Wohl erklärte am 21. Januar 1895 im preussischen Abgeordnetenhaus Graf Arnburg-Strum: „Wir wünschen, daß die Lehrergehälter auskömmlich bemessen werden im Verhältnis zu denjenigen, was die ihnen im Range und an Bildung gleichstehenden Beamten haben“, aber bei dem bestehenden preussischen Lehrern noch unter eine Beamtenkategorie, deren Bildung mindere als die der Lehrer ist — auch ein Erfolg nach 25 Jahre Dienstjahre.

In der Vorlage werden für die Lehrer 900, für die Lehrerinnen 700 Mark als Grundgehalt festgesetzt, neben ihrer Wohnung und Krankenversicherung. In das Gehalt ist abweichend von dem bisherigen Gehalt, die freie Pension eingerechnet. Da hier mit 100 Mark anzufragen ist, so reduziert sich das Grundgehalt nach dem Muster der bisherigen Beförderungsserie thätigkeitsmäßig auf 300 Mark für Lehrer und auf 600 Mark für Lehrerinnen.

Von diesem gewiß nicht übermäßigen Einkommen erhält aber ein Teil der Lehrkräfte nur 80 Prozent, nämlich alle Lehrer mit weniger als vier Dienstjahren (gleich 13—14 000) und alle provisorisch angestellten Lehrerinnen (gleich 1300 Lehrerinnen). Diese Lehrkräfte bleiben mithin auf Gehältern von 560—720 Mark oder nach Abzug der Feuerung, die hier niedriger berechnet werden kann, auf 500—660 Mark.

Die Frage: Was das Gesetz den preussischen Lehrern bringt, beantwortet das Berliner Tageblatt wie folgt: Es sichert den definitiv angestellten Lehrerinnen und den vier Jahre im Amte befindlichen Lehrern das oben angegebene Grundgehalt, was bisher nicht der Fall war, und es erhöht die Alterszulagen von 500 auf 720 Mark. Das sind die beiden greifbaren Vorteile, die das Gesetz den Lehrern bietet. Hungerlöhne unter jenem Betrage sollen in Zukunft in Preußen unterstakt sein. Das ist nicht eben viel, aber es ist etwas, was freilich nur derjenige richtig zu würdigen versteht, der in Ostpreußen auf einer zweiten Stelle seine sechs bis sieben Jahre bereits sitzt und Aussicht hatte, zwei bis drei Jahre dasselbe fürstliche Einkommen noch immer zu beziehen, und jetzt sich auf ein Gehalt von 800 Mark (nach Abzug der Feuerung) und auf 80 Mark Alterszulage gefaßt machen darf. Die Erhöhung der staatlichen Alterszulagen kommt nur denjenigen Lehrern zu gute, welche keine kommunalen Alterszulagen beziehen, das heißt ausschließlich den Landlehrern, die gegen jetzt Erhöhungen von 60 bis 220 Mark erfahren müssen. Die städtischen Lehrer gehen in Bezug auf die Alterszulagen völlig leer aus, sie werden vielmehr darauf angewiesen, von ihren Gemeinden eine ihnen günstige Regulierung zu erhalten. Auch die Regulierung des Grundgehaltes wird wenige städtische Lehrer mit Erhöhungen bedenken. Hier kommt also auf die Thätigkeit der Schulaufsichtsbehörde und die Munizipalverwaltung der Gemeinden beziehungsweise die Stellungnahme der Bezirksausschüsse und Provinzialräte, deren Befugnisse nicht angetührt werden, alles an.

Das Gesetz enthält mithin eine schwere Ungerechtigkeit für alle Orte über 25 000 Einwohner, indem es denselben 2 703 148 Mark bisheriger Staatszuschüsse entzieht. Diese Ersparnisse und der Mehraufwand des Staates für die Durchführung des Gesetzes von 3 Millionen Mark kommen zu vier Fünfteln dem platten Lande zu gute.

Wie sieht es nun mit dem Bestreben der Lehrer aus, mit den Subalternbeamten gleichgestellt zu werden? Sehen wir uns die Gehälter der staatlichen Subalternbeamten an (wir folgen hierbei einer von der Volkszeitung gemachten Zusammenstellung). Die Subalternbeamten zerfallen in 54 Klassen und beginnen mit 4200—4800 Mark in Klasse I. Wir müssen also etwas tiefer einsehen, um Anhaltspunkte für einen Vergleich zu bekommen. Es beziehen in der

Table with 4 columns: Klasse, Dienststellung, Gehalt, Maximalgehalt nach Jahren. Rows include Stationseintnehmer, Bereiter, Rechnungsführer, Sekretäre, Maschinenmeister, etc.

Es sind hier absichtlich Beamte gewählt worden, von denen auch Graf Limburg-Sturum zugeben muß, daß ihnen der Lehrer weder an Bildung noch sonstwie nachsteht. Es sind alle 54 Stufen durchgegangen, selbst die in den armen Weberbezirken lebenden Regemeister sind nicht verschont geblieben, die in letzter Stelle marschieren, aber ein Einkommen von 675 und selbst günstigstenfalls 900—1620 Mark (erreichbar in 31 Jahren) fehlt bei den Subalternbeamten. Wie steht es aber mit den Unterbeamten? Die Unterbeamten sind in 14 Gehaltsklassen gruppiert, von denen die erste ein Gehalt von 1500 bis 2400 Mark in 21 Dienstjahren bezieht. Mit dem Marschieren an der Spitze ist es also bei den Unterbeamten nichts. Erst in Klasse 6 finden wir bei der Justizverwaltung nach Werk-, Küchen- und Waschknechten auch Lehrer mit einem Gehalt von 1200 bis 1600 Mark, erreichbar in 15 Jahren. Wir steigen auf der Suche nach Sätzen, die den Lehrergehältern von Miquels Gnaden gleichen, weiter abwärts und finden u. a. in

Table with 4 columns: Klasse, Dienststellung, Gehalt, erreichbar in Jahren. Rows include Grenz- u. Steueranfänger, Fischmeister, Schutzwärter, etc.

Will man ein Anfangsgehalt erhalten, wie es nach unseren Darlegungen sich für den provisorisch angestellten Lehrer und die Lehrerin ergibt, so muß man noch etwas weiter abwärts steigen. Bei der Eisenbahnverwaltung erhalten

Erst- und Bahnwärter, sowie die — Nachwächter... 26 Mark mehr, als — ein preussischer Volksschul-

einem alten weißen Biquejäckchen mit gewebter Spitze an den Ärmeln, einem neuen, ca. 1 m langen rot und weiß gewebten Mittelband, einem gestickten Händchen, einem alten, zerfetzten Frauenhemde, einem großen Stück alten schwarzen Cachemir, einem kleinen weißen, rotgekrempelten dreieckigen Halsuch von Halbleinen, einem cremefarbenen wollenen Kopfschawl, einem alten, klaffenden dreieckigen wollenen Ueberrock mit gebügeltem Kante. Beiden befanden sich in den Taschen nicht. Der Erste Staatsanwalt erfuhr um Nachmittags über die Person der Mutter des Knaben zu den Akten VII J. 3196

Zur Beseitigung des Schienenüberganges auf dem Breitenwege in der Neustadt, sowie zur Erweiterung des dortigen Bahnhofs... Der Besizer ist vielfach gekühd. Der Eisenbahnverkehr Günterberge-Hoffelsfelde ist eingestellt.

Unfall. In der städtischen Krankenanstalt fand Aufnahme das Dienstmädchen Friederike S., das sich beim Dampfenputzen im Hause ihrer Herrschaft den linken Daumen aufgerissen hatte.

Wegen Bigamie wird der Maurer Hermann Pilapsh, geboren 1861 zu Fitehne, Rechtswidrigkeit... —

Blauenburg i. H. (Hoher Schnee.) Im Oberharz ist großer Schneefall mit Schneetreiben eingetreten. Stellenweise liegt der Schnee meterhoch. Der Verkehr ist vielfach gekühd. Der Eisenbahnverkehr Günterberge-Hoffelsfelde ist eingestellt.

Der konservativ-antifemistische Agitator Blum wurde Freitag in Spandau vom Schöffengericht wegen der Veruntreuungen, die er gegenüber seinen Arbeitskollegen beim gemeinsamen Einkauf von Kohlen verübt, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte im ganzen 537 Mk. 41 Pf. unterschlagen. Er gab an, er sei zu dieser That deswegen veranlaßt worden, weil er durch die großen Kosten seiner Agitation für den konservativen Abgeordneten Schall in Geldverlegenheit geraten war. Früher besaß sich Blum in ganz geordneten Verhältnissen; lediglich seine politische Agitation hat ihn ruiniert.

Berlin. (Bestorben.) Der im Jahre 1894 wegen Fälschungszerei zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte „Anarchist“ Schlosser Max Lorenz ist am 13 d. M. im Wankler Hellengefängnis gestorben.

Braunschweig. (Eisenbahnunfall.) Beim Ueberfahren des Geleises auf dem Hauptbahnhof geriet der 46-jährige Hilfsarbeiter Gropenwitzer zwischen zwei Waggen, die ihm den Kopf zerquetschten. Frau und sechs Kinder beweinen den Toten.

Duell-Antrag. Der Gerichtsassessor Kühnemann in Beuthen hatte als Vertreter der Donnersmarchischen Verwaltung die Entschädigungen für einige von den gräflichen Gruben unterminierte Häuser zu regulieren und eine frühzeitige Auszahlung verfügt, aber veräußert, rechtzeitig die Verwaltung davon in Kenntnis zu setzen. Darüber verlangte Generaldirektor Molba eine Erklärung, und weil die Sache zu falschen Gerüchten Veranlassung gegeben hatte, verlangte der Assessor eine Ehrenklärung, die ihm aber nicht in der gewünschten Weise zu teil wurde. Das führte zu Thätlichkeiten zwischen beiden, an denen sich später auch der jüngere Molba beteiligte, und die Folge waren zwei Duelle. Am 14. d. M. standen Generaldirektor Paul Molba und dessen Sohn, Rechtskandidat Viktor Molba, dieserhalb vor der Strafkammer. Wegen des Zweikampfes erhielt der Vater 6 Monate, der Sohn 3 Monate Zuchthausstrafe.

Jechtingen. (Fünf Personen ertrunken.) Beim Ueberfahren über den Rhein nach der elbischen Seite schlug ein Kahn mit fünf Insassen um, die alle ertranken.

Köln. (Sein Kind ermordet.) In Haher im Kreise Altena schlug ein Einwohner sein einjähriges Kind mit dem Kopf gegen die Wand, daß es verstarb. Ein kurz vorher ein demselben älteres Kind des Mardenbaters beerdigt worden war, ohne zuvor von einem Arzte gesehen zu werden, vermutet man, daß auch dieses ermordet ist. Der Mann ist verhaftet.

Ostrowo. (Geschossen.) Als der Sohn des Gemeindevorsetzers Köhgel mit einer Schußwaffe spielte, entlud sich diese. Das Geschöß traf einen Schinddehrling in den Kopf und tötete ihn.

Sollingen. (Was geht vor?) Der sozialdemokratische Volkverein schloß den Reichstagsabgeordneten Schuhmacher und drei seiner Anhänger aus.

London. (Zum Untergang des Dampfers „Eisgar“.) Die Besatzung des spanischen Dampfers „Eisgar“ ist nach einer Depeche aus Calais gerettet worden.

Madrid. (Freibeuter verhaftet.) Im Hafen von Havana wurden drei Freibeuter verhaftet und an Bord des „Olivette“ gebracht. Sie führten interessante Dokumente bei sich.

Troppan. (Grubenunglück.) Im Gräflich Wilczelischen Michaelsschicht bei Polnisch Ostrow wurden durch herabfallende Kohlenmassen zwei Feuer verschüttet und als Leichen hervorgezogen.

Neueste Nachrichten.

Chemnitz. Der Bauunternehmer Schmidt aus Chemnitz hatte in der Zeit von April bis November 1894 von 36 bei ihm beschäftigten Arbeitern die Beiträge für die Krankenkasse wohl eingezogen, aber nicht abgeliefert. Dafür erhielt er 150 Mark Geldstrafe, eventuell drei Wochen Gefängnis.

Wannheim. Der Fabrikarbeiter Friedrich Schöpfer in Riefelthal, der verheiratet, seine schwangere Gattin mit Strychnin zu vergiften, wurde vom Schwurgericht zu achtjährigem Zuchthaus verurteilt.

München. Die Verurteilten von Zuchthaus sind bis auf zwei Hauptbeteiligte begnadigt worden.

Mulda. Hier wurde bei der Firma Richterische Fabriken seitens der Tischler auf photographische Apparate wegen Nachregelung des Vertrauensmannes die Arbeit eingestellt.

Verweise, Versammlungen, Vergnügungen etc. (Mitteltungen wähen bis 11 Uhr vormittags in unseren Händen sein.)

Freie Religions-Gesellschaft. Zu der am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindehause, Eingang Marktplatz 1 und Gr. Schulstraße 3, stattfindenden Erbauung spricht Prediger Dr. Kramer über das Thema: Vaterlandsliebe. Der Zutritt ist auch Nichtmitgliedern gern gestattet. Die Besucher werden gebeten, recht pünktlich zu erscheinen, da der Eintritt während des Vortrages unangenehme Störungen verursacht.

Im Naturheilverein Neue Neustadt fällt am Montag Abend im Reizen Tisch Herr Dr. Dietrich einen Vortrag über Unterleibsleiden, an welchem nur Frauen der Zutritt gestattet wird.

Verein Deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Burg. Mitgliederversammlung am Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, bei Karl Jaffe, Holzstraße 2. Da in dieser Versammlung die Vorstands-wahl stattfindet, so werden die Mitglieder ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. [W. S.]

Werkstätten. Sonntag, den 19. d. M., abends 6 Uhr, öffentliche Arbeiter-Versammlung im Tischlerhause. Arbeiter anderer Branchen sind hiermit eingeladen.

Die Generalversammlung der Central-Krankenkasse der Drechsler und verwandten Berufsgenossen findet Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr, bei Buchlow, Katharinenstraße 5, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verein (Sektion der Feilenhauer und Berufsgenossen) Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr Versammlung bei Hoyer, Braunschweigstraße 3. Vortrag über Klassenkampf und Klassenorganisation.

Fermerleben. Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr Versammlung des Arbeiter-Lenwerts bei Herrn Gastwirt Ad. Lauff. Groß Osterleben. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Arbeitervereins werden dazu anjemksam gemacht, daß am Sonntag den 19. Januar, abends 7 Uhr, im Reulingschen Lokale eine Generalversammlung stattfindet. Da es sich in dieser Versammlung um die Lebensfragen des Vereins handelt, so ist es unbedingte Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Montag, den 20. Januar: Naturheilverein im Alte Neustadt. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Demis, Moldenstraße. Verein Deutscher Schuhmacher, Zillale Magdeburg. Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.

Briefkasten.

(Sprechstunde der Redaktion 11—1 Uhr.)

„Jumbo“. Der Einsender des Artikels „Patriotische Verehrung bis an den Selbstad“ wird um Angabe seines Namens gebeten. — Zähl, Fernerleben. Die Grandesaunachrichten aus Salbe sind im Anhangsteil der vorigen Sonnabendbeilage veröffentlicht worden. — K. P., Westerbäsen. Mein — S. S., Olivenstedt. Geben Sie uns erst an, wie viel Miete Sie zahlen und was Sie vereinbart haben, danach können wir erst Ihre Frage beantworten. —

Druckfehlerberichtigung. Dies im Beilagenartikel gestriger Nummer auf Seite 1 Zeile 18 von unten statt Buchner Böhmer. Ferner auf Seite 1 Zeile 2, im Artikel beginnend „Der 18. Januar,“ Zeile 8 statt 1870 1871. —

Erstaunen... Inventur-Ausverkauf... Kleiderstoff-Reste... Eduard Neuberg Breiteweg 168. Verkauf 1. Etage.

Zum Straßefegen jemand gef. Kanakr. 33 IV... Goldene Drei... Billigste Einkaufsquelle Magdeburgs 3 Goldene Drei 3 nur allein Jakobsstr. 3 Ecke Kleine Marktstr.

Gelegenheitskauf-Geschäft A. Karger 8 Gr. Marktstr. 8. Circa 300 Pfund Leinenwaren... 30 Stück engl. Tüll-Gardinen... Grosse Posten Saphabezugsstoffe

Größtes Spezial-Kleider-Kaufhaus
Breiteweg 10, 1 Tr.
(Fein Baden).

Wegen Umzug Total-Ausverkauf

Größtes Spezial-Kleider-Kaufhaus
Breiteweg 10, 1 Tr.
(Fein Baden).

Diese Woche gelangen zu thätiglichen Spottpreisen zum Verkauf:

Abnorm große Sortimente Kleiderstoffe

für Ball-, Gesellschafts- und Tanzstunden-Kleider in Restlängen von 6—9 Mtr.

Serner:

Elsässer Velour, außerordentlich waschbar

für Hosen u. Hosenkleider geeignet, in Restlängen v. 3—6 Mtr., so lange Vorrat, Mtr. 40 &

Bettzeuge, Bettinlette, Bettlaken u. Bettlamaste

Gardinen, Rouleaustoffe und Schürzenzeuge, Herren-Stoffe in passenden Restlängen für Anzüge, Hosen, Joppen u. Paletots etc. nur beste Fabrikate.

Jsidor Gabbe

Magdeburg, Breiteweg Nr. 10, 1 Treppe
neben der Magdb. Feuer-Verf. 84

Um vorkommende Irrtümer zu vermeiden, bitte ich genau auf meine Firma, Strasse und Hausnummer zu achten.

Friedrichslust.

Heute Sonntag: TANZ

Einem hochgeehrten Publikum zeige hiermit ergebenst an, daß ich das Lokal Friedrichslust käuflich übernommen habe. Saal u. Garten werden bis zum Sommer neu eingerichtet, und bitte ich ein geehrtes Publikum und die werthen Vereine, mein Unternehmen gütlich zu unterstützen. Der alte Brauch wird nicht gebrochen, Familien können Kaffee kochen. Für ein ff. Glas Bier ist bestens gesorgt.

Meine Redoute findet am Montag den 27. Januar, statt.

Herr Franke ist mit seiner Masken-Garderobe anwesend.

Ergebenst ladet ein
W. Gens.

Luisen-Park.

Heute: Tanz.
Redoute Mittwoch, den 5. Februar

Zerbster Bierhalle.

Heute Sonntag:
Oeffentlicher Tanz.
Hierzu ladet ergebenst ein Franz Königstedt.

Rischbieters Garten.

Jeden Sonntag:
Tanz-Kränzchen.

Kur- und Bade-Anstalt
der vereing. Naturheilvereine Magdeburgs
Eingetragene Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht in Liquidation.
Mittwoch, den 22. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr
im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke:
Außerordentliche Versammlung.

Die geehrten Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen und ihre Legitimation mitzubringen.
Die Liquidatoren: G. Worch, M. Schumann, N. Schütte.

Naturheilverein Neue Neustadt.

Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr
im „Weissen Hirsch“
Vortrag des Herrn Dr. P. Dietrich über:

Unterleibsleiden der Frauen

Zu diesem Vortrag ist nur Frauen der Zutritt gestattet.

Stadtszeitung der Magdeburger Volkstimme.

1. Kasse Thüringer 37; 2. Kasse Groß-Königsplatz 7;
3. Kasse Schützenstraße 61, Reichardt.
Montag: Cauerlochl mit Erbjuden und Rippenbr. Nebengericht: Rührichte.
Dienstag: Hühnerjuppe mit Rindfleisch.
Mittwoch: Rührichte mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Weiße Hühnerjuppe mit Kartoffeln.
Freitag: Cauerlochl mit Salzkartoffeln und Rührichte.
Sonntag: Ganze Kartoffeljuppe mit Rührichte.

Stadtsamt.

Magdeburg, den 17. Januar 1896.
Angebote: Schuhmachermeister Aug. Krenz mit Witwe Störger geb. Bothe in Gr.-Ecke Schumann Aug. Joh. Rind hier mit Maria Witwe Rhode in Prachtwitz.
Eheschließung: Katholik Gustav Schütz mit Katholik Erdmann hier.
Geburten: Otto und Wilh., Jwille. Sohn des Kaufmanns Otto Schäfer Nr. 2 des Kaufmanns William Meyer Gertrud, I. des Arb. Max Jilling. Ulla, I. des Arb. Wilhelm Stein. Otto, I. des Kaufmanns Karl Krich. Otto, unehel. Sohn. mehrl. Max, mehrl.
Todesfälle: Fritz Kretz, Kaufmann, 44 J. 2 R. 16 T. Albrecht v. Kiewitz, 66 J. 2 R. 9 T. 27 J. Ulla, I. des Kaufmanns a. D. Joachim Müller, 3 J. 9 R. 20 T. Wilh. I. des Kaufmanns Das Geßler, 1 T.

Hierzu eine Beilage, sowie Nr. 3 von Neue Welt.

Franz Brück Nacht.

Magdeburg
24/25 Stephansbrücke 24/25

empfehle sein reichhaltiges Lager in allen Gattungen
Wand- u. Sek-Uhren, Regulateuren, Musikwerken, silbernen und goldenen Herren- und Damen-Uhren, Ketten, Korallen, Granaten, sowie alle Arten Goldwaren
bes. kompliant, auch wöchentliche resp. monatliche Teilzahlung gestattet. Reparaturen prompt und billig.

Indan, Schönebeckstr. 50.
Das größte Brot 7 Pf. 50 Pf.
Gefenbrot 6 1/2 Pf. 50 Pf.
Eleg. Damen-Maskenanzüge zu verleiern Ferner: Leber, Schönebeckstr. 17 II

Perl-Tabak
kann jeder tragen und bildet in Kürze die schwächste Natur zum stärksten Wiener aus.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.
Otto Hintze
Cigarren-Import
M.-Neustadt, Hogäckerstr. 55.

Homöopathie!
Visser, homöopath. Prakt.
Magdeburg, Jakobstraße 3
früher lange Jahre bei dem berühmten homöopath. Arzte Dr. Volbeding, Düsseldorf.
Heilung sämtlicher Krankheiten.
Zahl Wohnung an dem Morgenstraßen 10.
Nacht. in Kohn, g. der Sandstraße 8

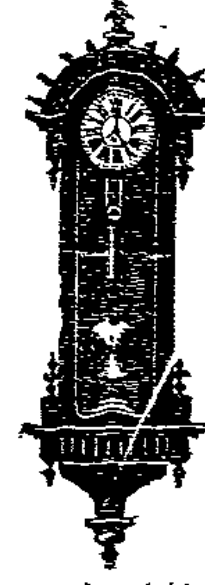
Rogätzerstrasse 55
freuzahl. Wohnung zu 24 Mtr.
an hundertprozentige Saure zum 1. April zu beziehen. 2292

Budauer Hof.
Sonntag, 19. Januar,
von 11 Uhr mittags ab
grosse Matinee
worauf ergebenst einladet
Fritz Bormann
79 Schönebeckstraße 32.

Breite Weg 42.
Nur kurze Zeit ausgeführt:
Die 5 berühmten Kolorial-Gemälde
Godiva,
Loreley & Echo.
Von morgens 10 bis abends 10 Uhr.
Eintritt gratis
und morgen 20 Pf.

Stadt-Theater.
Sonntag, den 19. Januar.
Aufhebung der Besetzung zu beiden Theatern.
Krieg im Frieden.
Solltet in 5 Akten von G. von Keller und Franz von Schöller.
Abend-Entscheidung.
Die Aristokratie.
Solltet Das in 5 Akten. Von dem Verfasser.

Wilhelm-Theater.
Sonntag, den 19. Januar.
Die Karlsruherin.



bes. kompliant, auch wöchentliche resp. monatliche Teilzahlung gestattet. Reparaturen prompt und billig.

Zur Maskenball-Saison

Kattun Satin Atlas

Mtr. 27 Pf. 33 Pf. 45 Pf.
Flittern, Sterne, Münzen, Ohrringe, Spitzen, Franzen, Armbänder u. u. in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

H. Dobrindt

Jakobsstraße 41 und Sternstraße 1.

Restaurant z. Granatsplitter
Kuchenhausener-straße Nr. 18.
Heute Sonntag, den 19. Januar:
Grosser Karnevals-Abend
mit reichhaltiger Unterhaltung. Jeder Ged. erhält eine Kanne gratis.
Ergebenst ladet ein
Aug. Sähmann.

Im weißen Hirsch
Heute Sonntag Tanz
worauf ergebenst einladet
H. Meyer.
Meine grosse Redoute
findet am 20. Januar statt.

Gesellschaftshaus zur Krone
Alte Neustadt.
Jeden Sonntag: TANZ
Ergebenst ladet ein
H. Schwiesau.
Morgen Montag:
Grosse Redoute.
Sesselführung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Herr Säblich ist mit einer großen Auswahl Masken-Garderobe im Lokal anwesend.

Partei-Nachrichten.

Befragungen, Verfolgungen etc.

Prozess wider Hähle, Nitsch und Genossen.

Am 15. November v. J. wurden vom Schöffengericht zu Budau der Tischlermeister Ferdinand Gerlach aus Halberstadt und der Kolporteur Karl Hähle zu Fernersleben wegen großen Unfugs (Ausbringen eines Hochs auf die Vorkämpfer der internationalen, völkerverfeindenden Sozialdemokratie) bzw. internationale, völkerverfeindende, revolutionäre Sozialdemokratie mit der höchsten gesetzlichen Strafe von je 6 Wochen Haft belegt, so daß Hähle insgesamt 12 Wochen Haft traf, weil bei ihm zwei Fälle vorlagen. Wegen der gleichen Uebertretung wurden am 13. November 1895 vom Schöffengericht Magdeburg der Bierdrucker Otto Göde zu Groß-Otterleben und der Schlosser Richard Nitsch hier selbst mit je 3 Wochen Haft bestraft. Göde hatte am 25. August in einer Versammlung in Groß-Otterleben ein Hoch ausgebracht und Nitsch soll in derselben Versammlung von einer „Fälschung“ der Emser Depesche gesprochen haben. Gegen das Urteil, Göde und Nitsch betreffend, wurde seitens der Anklagebehörde Berufung eingelegt, da sie das Strafmaß für zu niedrig erachtete. Eämtliche vier Angeklagte legten gleichfalls Berufung dagegen ein, und so fand denn am 15. Januar vor der Berufungskammer Verhandlungstermin an. Hähle und Gerlach gaben zu, die Hochs ausgebracht zu haben, meinten aber, das Bestreben der Sozialdemokraten, die Welt von dem Druß der Unbildung zu befreien, den Arbeiterstand der ganzen Welt auf eine höhere geistige Stufe zu bringen, so daß er im Stande sei, ohne Noth und Blutvergießen, sich selbst zu helfen, sei bekannt genug und ein Hoch auf dies eble Ziel könne keinen denkenden Menschen beunruhigen, ebensowenig wie ein solches auf die Vorkämpfer solcher Bestrebungen. Zudem seien am 31. August und 7. September nur Parteigenossen anwesend gewesen und die beunruhige der Ruf doch sicher nicht. — Nitsch spricht sich auch Göde über sein Hoch am 25. August aus. — Angeklagter Nitsch giebt an, er habe über das Thema gesprochen, „Warum feiern die Sozialdemokraten das Sedanfest nicht?“ Da habe er u. a. gesagt, das deutsche und französische Volk habe den Krieg von 1870 nicht gewollt, sondern derselbe sei nach einem schon lange bestehenden Plane künstlich gemacht. Er habe dann einen Abschnitt aus dem Tagebuch des Grafen Mook verlesen, der klar beweise, daß die aus Emser Depesche in Berlin in der Wilhelmstraße unredigiert sei. Dann habe er aus der Volksstimme die aus Liebnichts Broschüre stammenden beiden Depeschen verlesen und es seinen Zuhörern überlassen, selbst zu urtheilen. Von einer Fälschung habe er nur insofern geredet, als er gesagt habe, man hat behauptet, die Depesche sei gefälscht, doch das kommt für uns nicht in Betracht. Er wisse bestimmt, daß er die Behauptung, die Depesche sei gefälscht, nicht aufgestellt habe.

Die Reugen Amtsdiener aus Fernersleben und Senbar aus Salze haben die Hochs zu Fernersleben gehört, und gemeldet, aber nichts Besondere dabei gedacht, weil es ja immer geschähe. Der eine sagt: Ja, bei dem Worte „revolutionär“ habe er wohl zuerst an Gewalt gedacht, aber bei reicher Ueberlegung sei er auf den Schluß gekommen, die Herren sagen ja, aber sie meinen es nicht so, sondern sie denken an eine geistige Revolution. — Jeuge Senbar vom u. n. e. s. - Otterleben hat bestimmt das Wort „Fälschung“ verstanden, kann sich aber beim besten Willen nicht entsinnen, ob es in dem Zusammenhang gefallen sei, wie die Anklage behauptet, oder in dem von Nitsch angegebenen.

Bertheidiger Rechtsanwalt Heine-Berlin kommt zuerst auf den vereinzelt stehenden Fall Nitsch zu sprechen und beantragt die Freisprechung dieses Angeklagten, denn es sei bei der unbestimmten Aussage des Zeugen durchaus nicht erwiesen, daß Nitsch gesagt habe, die Depesche sei gefälscht, und milde gesagt redigiert sei dieselbe, denn es wäre wohl nicht zu bezweifeln, daß die Depesche des Fürsten von Radziwill von Emser den Wortlaut gehabt habe, wie die von Nitsch in der Versammlung verlesene, und daß in dieser sich Worte befinden, die sich in jener Emser Depesche, die aus Berlin und garnicht aus Emser kam, nicht aufgenommen sind und deren Fehlen die kriegerische Wirkung auf das deutsche Volk ungemein steigern mußte, nämlich der Schlusssatz: „Venedicti erklärte sich seinerseits mit dieser Erklärung zufrieden geben zu wollen.“ Fürst Bismarck habe ja selbst zugegeben, daß er die

Originaldepesche in einem ganz bestimmten Sinne verändert habe, und dieser Sinn könne doch nur ein kriegerischer gewesen sein. Das Wesen des großen Unfugs erfordere, etwas gegen Ehre und Anstand verstoßendes, etwas, das das Publikum belästigt oder Mergernis giebt. Aber das Publikum an sich, nicht nur die Angehörigen anderer Parteien. Denn was auch ein überzeugter Anhänger irgend einer Partei öffentlich spricht, würde immer Angehörige anderer Parteien ärgern und kränken. Das seien aber persönliche Gefühle, die keinen Rechtschutz genießen könnten. Dann müßten auch alle die Heizer, die in Versammlungen aller anderen politischen Parteien lauthar würden, unter den Begriff des großen Unfugs fallen. Also das Publikum an sich sei durch Worte, die gesprochen, oder Hochs, die in einem Kreise von Parteigenossen ausgebracht seien, nicht belästigt, und daß außer den Zeugen Werner der aber auch vor dem Hoch gegangen sei, nur Sozialdemokraten zugegen gewesen seien, müsse den Angeklagten geglaubt werden, denn in solchen Vorlesungen pflege der Einberufer alle Genossen zu kennen. Aber wenn auch Nichtsozialdemokraten dort gewesen seien, so hätten die Hochs sie eben so wenig beunruhigen können wie die vernommenen Zeugen dadurch beunruhigt seien, es sei ja durch dieselben zu Tage getreten, wie verbreitet die feindliche Tendenz der sozialdemokratischen Bestrebungen sei. Gegen Ehre und Anstand sollten die bei den Hochs gebrauchten Ausdrücke verstoßen, habe der erster Richter gesagt, ja, wie das möglich sei, wäre ihm — Redner — einfach unverständlich. Der Ausdruck Revolution verstoße doch nicht gegen Ehre und Anstand, alle Tage würde der Ausdruck gebraucht, wenn es sich um neue grünliche das Alte umgestaltende Gedanken handle und in diesem Sinne sei er ja auch nur von den Angeklagten benutzt worden. Welcher Mensch könne wohl an dem Wort „international“ Anstoß nehmen, wie könne das Wort wohl gegen Ehre und Anstand verstoßen! Die Sozialdemokraten verfolgten große eble grundlegende Ziele und diese könnten nur, wie alles Große, Eble und Gewaltige, Erfolg haben, wenn sie international angekrebt würden. Die Wissenschaft, die Kunst usw. alles sei international und spreche von sich als international und niemand behaupte, daß das gegen Ehre und Anstand verstoße, weshalb solle es denn gegen Ehre und Anstand verstoßen, wenn die Sozialdemokratie sich international nenne. Das könne gelte von dem Wort „völkerverfeindend“, wer könne behaupten, daß der Ausdruck „Freiheit“ gegen Ehre und Anstand verstoße. Wie könne es als unanständig und sittenlos gelten, wenn eine Partei durch ihre Prädikate vertritt, daß sie ihr Streben dahin richte, die Menschheit von dem Druß der Unbildung und des Glends zu befreien. Wenn das Hoch auf eine bestehende Partei erlaßt sei, so müsse es auch erlaßt sein, ihr dabei jene Prädikate zu geben, die ihr frei und offen bekanntes Streben bezeichnen. Wenn aber dennoch ein strafbares Handeln in dem Ausbringen des Hochs gesehen werden sollte, so wäre doch auch zu berücksichtigen, daß die Angeklagten jahrelang die Hochs ausgebracht hätten und kein Richter darin großen Unfug gesehen habe. Sie — die Angeklagten — hätten daher geglaubt, etwas durchaus Schandtes zu thun. Da nun auf einmal die Richter zu einer anderen Auslegung des § 365 gekommen seien, so wäre es doch wohl angebracht, nicht auf die höchste, sondern auf die niedrigste gesetzliche Strafe zu erkennen. Der erste Richter habe gemeint, die Strafe müsse so hoch bemessen werden, weil die Angeklagten augenscheinlich mit den Feinden des deutschen Reiches sympathisieren, er — Redner — behaupte nun, es gäbe zur Zeit gar keine Feinde des deutschen Reiches, da werde immer von Frieden geredet und von Freundschaft und nun sollten die, welche Rücksicht auf die Gefühle des befreundeten Nachbarn nehmen wollten, dadurch mit den Feinden des deutschen Reiches sympathisieren. Er beantrage die Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Der Staatsanwalt Sasse stellt sich auf den Standpunkt des ersten Richters und beantragt, die Strafe gegen Göde und Nitsch auf je sechs Wochen zu erhöhen, im übrigen aber die Berufung zu verwerfen.

Der Gerichtshof hatte die Verkündung des Urteils bis Freitag den 17. Januar, morgens 9 Uhr, angesetzt. Es lautete: Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird verworfen. Die Angeklagten Göde, Gerlach und Nitsch werden unter Aufhebung des ersten Urteils freigesprochen. Der Angeklagte Hähle wird in dem einen Falle gleichfalls freigesprochen, dagegen in einem zweiten Falle mit 2 Wochen Haft belegt. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Poite, begründete das Urteil dahin, Nitsch wird aus tatsächlichen Gründen freigesprochen, weil die Angabe des Angeklagten, er habe nur gesagt: andere sagten, die Depesche sei gefälscht,

dies läme aber für ihn nicht in Betracht, nicht widerlegt erschien. Gerlach, Göde und Hähle in einem Falle mußten freigesprochen werden, da der Gerichtshof nicht habe annehmen können, daß mit den Worten international, völkerverfeindend, etwas anders gemeint sei als Völkerverbrüderung, geistige Befreiung, und daran könne kein Mensch Mergernis nehmen oder beunruhigt werden, die anwesenden Beamten seien ja auch in der That dadurch nicht Ängst geworden. Anders liege es in dem einen Falle, wo Hähle noch das Wort „revolutionär“ hinzugefügt habe, dies Wort erinnere an Gewalt und sei geeignet, Nichtsozialdemokraten zu beunruhigen. Es sei auch zum Begriff des großen Unfugs nicht nötig, daß wirklich jemand beunruhigt sei, es genüge, daß die That geeignet sei, das Publikum zu beunruhigen. Aber der Gerichtshof hielt die höchste Strafe nicht gleich für das erste Mal angebracht, zumal die Hochs seit Jahrzehnten zum Gebrauch geworden waren.

Wegen Beleidigung der Stolberger Polizei wurde der Herausgeber und Redakteur des Nachener Volksblattes, Genosse Krewinkel, zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. — Wegen des Weihnachtsartikels hat der Staatsanwalt Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung in Dortmund erhoben, weil **Aufreizung** der Bevölkerungsklassen gegen einander (§ 130 des Str.-G.-B.) darin enthalten sein soll. — Aus Zwickau berichtet die Sächsische Arbeiter-Zeitung: Trotz des entschiedenen Protestes, den der Reichstag gegen die in Sachen beliebte Auslegung des „groben Unfug-Paragrafen“ gegen die Verbreiter sozialdemokratischer Flugblätter erhob, haben abermals Genossen von der hiesigen Amtshauptmannschaft Strafmandate erhalten wegen Verbreitung des letzten Protest-Flugblattes gegen den Wahlrechtssturz.

Für Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Intand.
* Die Berliner **Modellere** planen eine allgemeine Lohnbewegung zur Eringung eines Minimallohnes. — Die **Solzarbeiter** Berlins und Umgegend haben definitiv beschlossen, daß in diesem Jahre zwecks Erlangung des 9 stündigen Maximalarbeitstages in den Streik eingetreten werden soll. Weitere Forderungen sind Abschlagszahlung (sogenanntes Kostgeld) von 21 Mark pro Woche und eine prozentuale Lohnerhöhung, die zu bestimmen den einzelnen Personen überlassen bleibt. — Die **Steinmetzen** der Firma Riggel, Berlin, Trebbinerstraße, streiken. — In Stettin ist der Streik der **Schlosser und Dreher** in der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik von Stomer beendet. Die Arbeiter haben ihre Forderungen bewilligt bekommen. — Der Streik der **Werktubenarbeiter** in der Ofenfabrik von Seidel u. Sohn in Dresden dauert fort. Die letzte Lohnreduzierung betrug ca. 25 Prozent.

Verschiedenes.

Die Grubenkatastrophe in Mährisch-Odrau. Man glaubt jetzt die Ursache des Grubenbrandes im Hermene-gleichschacht der Ferdinands-Nordbahn zu kennen. Ein Kurzschluss der durch den Kunstschacht geführten elektrischen Leitung soll nach dem Gutachten der Kommission die Ursache des Brandes gewesen sein. Weitere Anhaltspunkte zur Annahme einer andern Ursache sollen nicht vorliegen. Der Rauch, der sich nach der Entzündung durch den elektrischen Funken in die übrigen Gänge verbreitete, tötete

Festkletsen.

Im Exil.

67] Roman von Georges Renard.
Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Verdier begann wieder:
„Man möchte wirklich sagen, daß diese ganze verderbte Generation von dem Gedanken des Todes hypnotisiert ist. Sie sehen nur den Tod, predigen nur den Tod. Sie gehen nur in Krepp gehüllt einher, singen nur das de Profundis, wissen keinen anderen Rat als den: Brüder, der Mensch muß sterben. Wenn sie selbst noch darnach handeln, aber so dumm sind sie nicht! Sie pflegen ihre schwächliche Persönlichkeit auf das sorgfältigste. Sie sind Selbstmörder, welche die anderen auffordern, den Sprung zu thun. Ihnen selbst genügt es, Liebe, Hingebung, Hoffnung und Lebenslust zu töten.“

„Und darum,“ sagte Cayrolaz, „ist ich pfeife darauf der letzte Schrei der Tagesmode. Paßt das nicht am besten für diese wurmstichigen Birnen?“

Verdier war einen Augenblick durch diese Schlußfolgerung aus dem Text gebracht worden. Nach einer Pause begann er von neuem:

„Ich spreche nur von der Klasse, in der der Zufall uns geboren werden ließ. Ja, die Bourgeoisie hat sehr recht, wenn sie an die Décadence glaubt. Die Zukunft liegt anderwärts. Das Volk besitzt alles, was denen fehlt, die sich anmaßen, es zu leiten. Trotzdem hält man es hartnäckig unter Vormundschaft, heutet man es aus, bedrückt, vernichtet man es. Und darum muß man wollen, nochmals wollen und immer wollen die soziale Revolution, eine Revolution, welche die alten Schranken zerbricht und eine neue Gesellschaft schafft, in der die Menschen endlich frei und glücklich sein werden, weil sie dann gleich sind.“

Cayrolaz piff ironisch eine Melodie, in der man mit einigem guten Willen die Weise zu dem Text: Ich habe guten Tabak in meiner Tabakdose — erkennen konnte. Das war die einzige Melodie, die er jemals zu behalten und zu wiederholen vermocht hatte.

„Gut! Gut!“ sagte Verdier. „Spotte wie es Dir beliebt. Auch zähle ich ja nicht auf Dich. Du bist stets nur ein falscher Freund des Volkes gewesen.“
„Danke schön,“ antwortete Cayrolaz. „Daß Du schmeichelst, kann man von Dir nicht behaupten.“

„Aber Du, Messant“, frag Verdier wieder an. „Bist Du nicht der Meinung, daß wir eine neue Revolution anfangen müssen?“

René schüttelte nachdenklich den Kopf. Dann setzte er bedächtig seine Ansicht auseinander, daß eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaft nötig wäre, daß man rastlos daran arbeiten müsse, die ungerechten Vorrechte des Geldes zu beseitigen; aber er meinte auch, daß eine Umwandlung der Herzen vor der der Gesetze stattfinden müsse und er hoffte, daß man, da die Armen am zahlreichsten vertreten wären, durch eine Reihe friedlicher Reformen zu einer gerechten Regierungsform gelangen müsse.

„Jawohl, Reformen!“ rief Verdier erregt. „In Frankreich ist es leichter, eine Revolution zu machen, als Reformen durchzuführen. Der langsame Fortschritt mag für die Völker des Nordens, für die protestantischen Länder gut sein. Wir können nicht im Schritt vorwärts kommen. Wir schreien in Sprüngen, in großen Eichen vor. Wir haben fünfzehn Jahrhunderte des Katholizismus in den Adern und den Geist, wenn nicht die Dogmen der römischen Kirche bewahrt. Wie sie sagen wir: alles oder nichts. Wir sind ein revolutionäres Volk aus alter Gewohnheit. Und Du hoffst, den National-Charakter zu ändern? Da frage Cayrolaz was er darüber denkt.“

„Thatsache ist,“ sagte dieser, „daß ich nicht einsehe, wie sich die Bourgeoisie, sie, die Herrin der Macht und des Reichthums, selbst opfern wird. Man sagt, daß die Leute in Japan sich den Bauch aufschlitten, wenn man sie lebensunwürdig dazu auffordert, aber in Frankreich ist das noch nicht Mode.“

René verteidigte seine Ansicht. „Warum denn immer Gewalt? Warum muß jedes neue Regierungssystem eine Bluttaufe empfangen? Ist das nicht ein Ueberbleibsel aus den Zeiten der Barbarei? Wenn es selbst nicht auf den ersten Schlag gelingen sollte, die Gewalt bei der Regelung der Sache der Menschheit zu verbannen, wäre es nicht dennoch eine eble Aufgabe, es zu versuchen?“

Verdier zuckte mitläufig die Achseln.
„Willst Du, daß ich Dir sage, weld:s Schicksal Dir und allen denen, die Deiner Chimäre folgen, beschieden sein wird? Am besten wird es Dir klar werden, wenn Du daran denkst, was Dir seit Deiner Rückkehr begegnet ist. Vor allem merke Dir eines: Daß die politische Frage heute nichts oder fast nichts, daß die soziale Frage dagegen alles ist. Die Bourgeoisie hält im Grunde nur an einem fest, nämlich daran, eine Gesellschaftsordnung

aufrecht zu erhalten, in der einige tausend Reiche alle leiblichen und geistigen Genüsse, im Winter Theater, Konzerte, Bälle, Diners, im Sommer Bäder, Berge, die See, die großen Parks, in jeder Jahreszeit die Wollust, im Besitze der Macht zu sein, haben, während Millionen von Männern und Frauen in Hitze und Kälte in den Bergwerken graben und hacken, pflügen und adern, säen und mähen, weben, schmieden, unterrichten, sich auf tausend Arten abmühen zum Vergnügen und Profit dieser Handvoll Glücklicher. Wäre es nicht jammerhad, wenn dies alles geändert werden sollte? Das ist ja so nett eingerichtet, so bequem für die, welche den Boden, die Minen, die Fabriken und die Häuser besitzen! Was thut es denn der Bourgeoisie, wenn sie eine Monarchie hat, die einer Republik, oder eine Republik, die einer Monarchie gleicht? Aber wenn man davon spricht, die Demokratie einzuführen, Arbeit und Reichthum gerecht zu verteilen, o, dann weicht sie entsetzt zurück. Anathema den Gleichheitspredigern! Wehe den Glenden! Mußt Du erst erfahren, wen unsere regierenden Republikaner vorziehen, einen Royalisten oder einen sozialistischen Republikaner?“

René mußte gestehen, daß das nicht nötig war. Er hatte genügende Erfahrungen damit gemacht.

Verdier begann triumphierend:
„Du siehst, wenn Du vom Sozialismus angesteckt bist, bist Du für Dein ganzes Leben verfehmt. Du bleibst immer ein verdächtiger, gefährlicher Mensch, der in Quarantäne gehalten werden muß. Du kannst Talent, wirkliche Verdienste haben. Um so schlimmer für Dich! Das ist nur ein Unrecht mehr. Was hast Du seit Deiner Rückkehr vor Dir gefunden? Verschlossene Thüren, eine verriegelte Zukunft. Du mußt noch überglücklich sein, wenn man Dich Dein Brot verdienen läßt. Wundere Dich nicht darüber. Die Bourgeoisie, die ihre Macht abbröckeln fühlt, wehrt sich, wie sie kann. Glaube nicht, daß es auf Dich persönlich abgesehen ist, das gilt uns allen, den zurückgekehrten Exilanten, die wir ihnen wie Geispenster Furcht einjagen. Uns alle möchte man am liebsten beseitigen, geräuschlos erstickt, uns vor allem, die Renegaten der Bourgeoisie, die wir ihre Bildung empfangen haben und von ihr mit Abscheu zurückgewiesen werden. Wir mögen uns noch so große Mühe geben, wir werden immer dazu verurteilt sein, Entgleisite, verpöbelte Existenzen zu bleiben, denen nichts gelingt.“

(Fortsetzung folgt.)

16 Bergleute und betäubte ebenso viele. Ist nun auch die Ursache des Todes der Bergleute klar, so ist noch lange nicht der Zweifel beseitigt, ob der Tod der Armen notwendigerweise erfolgen mußte, und die Frage steht offen, wer die Schuld trägt, daß der Rauch aus dem Schachte in die benachbarten Grubenräume drang. Das offizielle Telegramm sagt, die Schuld trage ein Maschinenwärter, der es unterlassen habe, die Türen im fünften Horizont — die toten und betäubten Arbeiter fand man im neunten — zu schließen. Es wäre ja wirklich ein Wunder gewesen, wenn man die Schuld an dem Verluste von Menschenleben nicht einem Arbeiter aufgehängt hätte. Indessen wird von verschiedenen Seiten gemeldet, daß der Oberinspektor Mayer vor allem auf die Rettung des Schachtes bedacht war und sich erst dann um das Leben der Arbeiter kümmerte. Um die Ausbreitung des Feuers zu hindern, hielt er den Förderseil bis gegen 2 Uhr verschlossen, ob wohl die Erstickenden noch telegraphische Signale zu ihrer Rettung gaben. Erst nach 2 Uhr nachmittags wurde mit den Rettungsarbeiten begonnen, an denen sich dann Herr Oberinspektor Mayer, wie das Telegramm des Korrespondenzbureaus meldet,

in aufopferndster Weise“ beteiligt haben soll. Jedenfalls darf man ein solches Vorgehen von der Nordbahngesellschaft und ihren Anstreibern nicht für unmöglich halten. Diese saubere Gesellschaft hat sich noch nie um Menschenleben gekümmert, und wenn Herr Oberinspektor Mayer in der geschilderten Weise vorgegangen ist, kann er seines Avancements sicher sein. Von den sechzehn Toten waren neun verheiratet und Familienväter. Man rühmt die „musterhafte Haltung der Arbeiter“. Was diese dumme Phrase eigentlich soll? Es galt doch die Rettung der Kameraden. Hätten da die Arbeiter etwa zuvor randallieren sollen? Aber die Herren sollen deswegen nicht glauben, daß diese wie alle anderen Katastrophen etwa die „Harmonie“ zwischen Unternehmern und Arbeitern befestigt hat. Gerade diese Phrase läßt das Schuldbewußtsein der Ausbeuter erkennen, und das vermeintliche Lob empfinden die davon betroffenen Arbeiter als eine Verhöhnung, die nur „aufreizend“ auf sie wirkt. —

tötet zu haben, wird die Ehefrau des Schiffers Fr. Behrendt zu Schneebel freigesprochen. Selbst der Staatsanwalt beantragte Freisprechung. —

Ein Kind verurteilt!

Vorsätzliche Brandstiftung in zwei Fällen führte den fünfzehnjährigen Dienstjungen Otto Freitag vor die zweite Strafkammer am Landgericht II zu Berlin. Der kleine Bursche, der kaum über die Anklagebank hinwegsehen konnte, diente bei dem Guttsbesitzer Schade in Gosen. Dort zündete er am 26. November den Kuhstall seines Dienstherrn an, dann erwischte ihn sein Dienstherr, als er mit einer Färsse widernatürliche Unzucht trieb. Er bekam dafür eine derbe Tracht Prügel und aus Rache dafür zündete er am 5. Dezember die Scheune seines Herrn an, die ebenso niederbrannte, wie der Kuhstall. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. Wäre es nicht zweckmäßiger gewesen, den Knaben auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen oder in entsprechender Form für seine Erziehung zu sorgen? Oder glaubt man wirklich, daß die furchtbare Gefängnisstrafe das unglückliche Geschöpf der menschlichen Gesellschaft wieder zuführen wird? —

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Schwurgericht.) Von der Anklage, ihre 1895 geborene Tochter mit Ueberlegung ge-

Dienstag, den 21. Januar 1896

beginnt mein

Inventur-Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Als ganz besonders günstige Gelegenheit empfehle ich die Restbestände der H. F. J. Koch'schen Konkursmasse.

Geschäftshaus S. Friedeberg jr., Alte Markt 12.

Keine Reklame!

Keine Reklame!

Wirklich reeller Ausverkauf

wegen vollständiger Geschäftsangabe am hiesigen Platze.

Nur bis Ende Februar dieses Jahres.

Um gänzlich zu räumen, verkaufe sämtliche

Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollenwaren etc. bedeutend unter Kostenpreis.

Gratiszugabe: Jackett oder Mantellett beim Einkauf von 15 Mark.

E. Hirschfeld

Mr. 11, Ulrichsstraße Nr. 11.

Mr. 11, Ulrichsstraße Nr. 11.

Unübertroffen
im Schnitt und Haltbarkeit sind die
Echt Hamburger Lederhosen
aus der Fabrik von
G. Gehse, Magdeburg
14 Johannisstraße 14
neben dem „Wilhelm-Theater“.
Aeltestes und renommirtes Arbeiter-Gardensbrun-Geschäft.
Gegründet im Jahre 1820.
Extra schwere Sammet zu Kinder-Kapuzen.
Bramer, gerippter Manchester-Sammet wieder eingeführt.
Senden, Waterhojen, Kelmudjaden
in größter Auswahl.
Man beachte genau die Hausnummer 14.

Brauerschuhe
Reißes Leder mit eisernen Stahlflecken, à Paar Mk. 3.75
gefütterte Schuhe und Stiefeln mit Holzsohlen
H. Reichardt
Magdeburg-Neustadt, Breiteweg 120.

Sämtliche Artikel
für die Masken- u. Ball-Saison!

Masken-Jaconnet in allen Farben, Meter	0.25.
„ Atlas „ „ „ „	0.40.
„ Sammet „ „ „ „	0.60.
„ Tarlatan, mit und ohne Goldfäden	0.25 an.
„ Besätze, Bahnbänder, Gold und Silber, das Stück von	0.05 an.
„ Unter- u. Obertrikots d. Stück von	1.25 an.
„ Strümpfe, gestreift, geringelt und glatt, das Paar von	0.10 an.

Gesichtsmasken u. Nasen v. 10 Pfg. an, Masken-Ohringe 10 Pfg.,
Diademe, Spangen u. Spitzen Rüschen, Plüsch,
Atlas, Noiree und Ripsbänder in enormer Auswahl.

Luppe & Glaser
Magdeburg, Breiteweg 47.